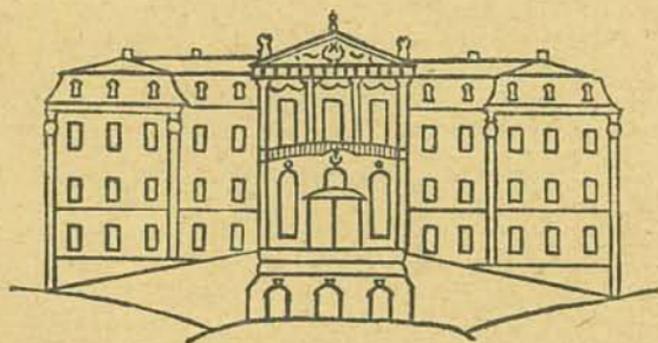


Hefte aus Burgscheidungen

Günter Wirth

**Verantwortung
und Erwartung
der Deutschen**



146

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU

Hefte aus Burgscheidungen

Günter Wirth

Verantwortung und Erwartung der Deutschen

1966

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Bei der in diesem Heft abgedruckten Arbeit handelt es sich um den mit Anmerkungen versehenen Vortrag, der am 17. November 1965 auf einer Beratung der „Dresdner Konferenz“, eines Kreises evangelischer Theologen und Laien, gehalten wurde und der in seinem ersten Teil eine Sammlung von Materialien, in seinem zweiten Teil einen Beitrag zur Klärung geschichtlicher, politischer und geistiger Grundfragen innerhalb der christlichen Bevölkerung der DDR bieten soll.

In seinen „Erinnerungen“ hat Konrad Adenauer – im Zusammenhang mit der Erörterung der 1947 offen sichtbar gewordenen Spaltung der Anti-Hitler-Koalition – die zynische Bemerkung gemacht:

„Alles in allem gesehen war die Moskauer Konferenz (der Außenminister der Siegermächte im Frühjahr 1947, G. W.) ein vollkommener Mißerfolg. Sie machte deutlich, daß man sich zwar darin einig gewesen war, den Krieg zu gewinnen, aber daß sich keineswegs auch nur Ansätze von Einigkeit zeigten in der Frage, was nach gewonnenem Krieg zu tun war. Der amerikanische Außenminister Marshall hielt sich, soweit man nach Pressemeldungen urteilen konnte, im Laufe der langen Konferenz ... sehr zurück, wahrscheinlich, weil man in den Vereinigten Staaten immer mehr die Gefahren des Weltkommunismus und die Bedeutung, die ein gesundes Deutschland für Europa und damit für die Welt haben würde, erkannte und die gemachten Vorschläge nicht für geeignet hielt, dies Ziel zu erreichen.“¹⁾

In dieser Bemerkung Adenauers sind verschiedene Probleme enthalten, die mit unserem engeren Thema, den Erwartungen und der Verantwortung der Deutschen zur Gewinnung des Friedens, zu tun haben, und zwar vor dem universalgeschichtlichen Hintergrund, vor dem Hintergrund der Entwicklung der nationalen Frage in Deutschland sowie vor dem der gesellschaftlichen und geistigen Neuorientierung unseres Volkes, zumal der Christenheit.

I.

Es scheint mir wichtig zu sein, zunächst einige Materialien auszubreiten, die das näher bestimmen, was ich den universalgeschichtlichen Hintergrund der weltpolitischen und unserer nationalen politischen Entwicklung in den letzten 25 Jahren genannt habe.

¹⁾ Konrad Adenauer, „Erinnerungen 1945-1953“, Stuttgart 1965, S. 112

In einer seiner letzten Reden, am 7. September 1959 vor dem Internationalen Studentenseminar an der Freiburger Bergakademie, hat Otto N u s c h k e eine interessante Bemerkung gemacht. Er sagte nämlich:

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zu Anfang der vierziger Jahre dieses Jahrhunderts in der westlichen Welt eine unerhörte Sympathie für die um ihre Freiheit kämpfenden Sowjetvölker zu verzeichnen war — eine Sympathie, die letzten Endes dazu führte, daß sich die Regierungen der Westmächte entschließen mußten, die Völker der Sowjetunion in ihrem Kampfe gegen die faschistischen Aggressoren zu unterstützen. Die Gemeinsamkeit des Kampfes der Sowjetunion und der Westmächte, die natürlich nicht ohne Belastungen blieb . . . , war dennoch ein konstituierendes Element für den Sieg über den Faschismus. Und sie sollte auch ein konstituierendes Element für die Nachkriegspolitik werden. In der Propaganda, jener Tage wurde sehr viel mit einem Begriff operiert, der in der letzten Zeit kaum noch zu vernehmen ist; es war dies der Begriff der ‚One World‘, der ‚einen, einzigen Welt‘, die jetzt durch den Kampf der Anti-Hitler-Koalition geschaffen worden sei und die unter allen Umständen erhalten werden müsse.“²⁾

Was die Sympathien für die um ihre Freiheit kämpfenden Sowjetvölker angeht, so möchte ich als Beleg hierfür zunächst die Lebenserinnerungen von Charlie C h a p l i n anführen, die gerade in diesen Tagen auf dem Buchmarkt der DDR erschienen. In sehr eindrücklicher Weise berichtet Chaplin im XXV. Kapitel einleitend davon, welchen Schwierigkeiten sich Präsident R o o s e v e l t angesichts der Tatsache gegenüber sah, daß „die Nazis sich in die verschiedensten amerikanischen Institutionen und Organisationen Eingang verschafft hatten und sie als Werkzeug benutzten, ob sich diese Organisationen nun dessen bewußt waren oder nicht“. Nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbour wären die Nazis zwar untergetaucht, aber „das von ihnen verbreitete Gift“ habe „immer noch in der Luft gelegen“. Wörtlich fügt Chaplin hinzu:

„Man bediente sich jeden möglichen Mittels, um einen Keil zwischen uns und unsere russischen Verbündeten zu treiben. Eine gehässige Propaganda wollte uns damals mit

²⁾ Otto Nuschke, „Koexistenz — das ist heute der Friede“, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 122, Berlin 1964, S. 6. — Auch Niemoßler hat den Begriff One World immer wieder aufgegriffen, und zwar in der Fassung: „Eine Welt oder keine Welt?“

folgendem Satz betören: ‚Laß sie sich beide weißbluten, damit wir ihnen zum Schluß den Rest geben können.‘“³⁾

Dieser Parole, die in analoger Weise u. a. auch von Harry S. T r u m a n verbreitet wurde, stand die große Sympathie der amerikanischen Werktätigen, aber auch weitester Kreise der Intelligenz und der Kulturschaffenden für die Sowjetunion entgegen, und Chaplin kann unterstreichen, daß Roosevelt alles nur Mögliche zu tun versuchte, um durch die Errichtung einer sogenannten „zweiten Front“ die sowjetischen Verbündeten zu unterstützen.

Offensichtlich Anfang 1942 wurde Chaplin gefragt, ob er bereit sei, auf einer Großkundgebung des amerikanischen Komitees für „Rußlandhilfe“ in San Francisco zu sprechen. Er sagte zu. Nachdem Chaplin im XXV. Kapitel berichtet hat, wie er sich in seiner Rede zunächst vom Kommunismus abgrenzte, schreibt er:

„Dann fuhr ich fort: ‚Und nun dieser Krieg — ich stehe hier um der Kriegshilfe für Rußland willen.‘ Ich machte eine Pause und wiederholte: ‚Kriegshilfe für Rußland. Geld wird helfen, aber die Russen brauchen mehr als Geld. Ich habe gehört, zwei Millionen alliierter Soldaten langweilen sich in Nordirland, während die Russen allein zweihundert Nazi-Divisionen gegenüberstehen.‘ Es herrschte gespanntes Schweigen. ‚Die Russen sind unsere Verbündeten‘, sagte ich mit starker Betonung, ‚und sie kämpfen nicht nur für ihre eigene Lebensform, sie kämpfen auch für die unsere — und wenn ich die Amerikaner kenne, dann weiß ich, daß sie es vorziehen, ihre Kämpfe selbst auszutragen. Stalin wünscht es, Roosevelt ruft danach, so laßt uns alle danach rufen — laßt uns jetzt eine zweite Front errichten.‘ Es erhob sich ein wildes Getümmel, das sieben Minuten lang andauerte. Dieser Gedanke war in den Herzen und im Bewußtsein der Zuhörer gewesen.“⁴⁾

Ein ähnliches Zeugnis für die Einheit der Alliierten in jener Zeit findet sich in Thomas Manns Rundfunkreden an die Hörer in Deutschland — im Unterschied zu Chaplins emotionaler Aufwallung handelt es sich bei Thomas Mann um Aussagen strengster Rationalität. Am 29. August 1943 sagte Thomas Mann, auf seine Weise das Problem der Kriegsziele aufgreifend:

³⁾ Charles Chaplin, „Die Geschichte meines Lebens“, Leipzig 1965, S. 415

⁴⁾ ebenda, S. 417

„Gegensätze zwischen Rußland und dem Westen? Sie bestehen. Aber der Ausgleich zwischen ihnen gehört ja zu den Funktionen dieses Krieges: der Ausgleich zwischen Sozialismus und Demokratie, auf dem alle Hoffnung der Welt beruht. Rechnet nicht, Deutsche, auf Uneinigkeit zwischen den Verbündeten! Sie sind einig in dem Entschluß, dem internationalen Banditismus ein Ende zu machen und die Menschheit vor der Schmach faschistischer Weltherrschaft zu bewahren.“⁵⁾

Sowohl bei Chaplin als auch bei Thomas Mann – um nur diese beiden hier anzuführen – klingt etwas an von dem, was im Kampf der Anti-Hitler-Koalition zu einem der zentralen Probleme geworden war: nämlich die Bedeutung der Gemeinsamkeit der im Kampf gegen den Faschismus vereinten Nationen auch über den militärischen Sieg hinaus bei der Gewinnung eines dauerhaften Friedens für die ganze Welt, für die eine, einzige Welt.

Der von Otto Nuschke genannte Begriff der „One World“ geht auf den Titel eines Buches zurück, das der bekannte amerikanische Politiker Wendell Willkie, als republikanischer Präsidentschaftskandidat zuerst Gegner und späterer Berater von Präsident Roosevelt, Ende 1942 in den USA veröffentlichte; die deutsche Übersetzung erschien 1943 unter dem Titel „Unteilbare Welt“ im Bermann-Fischer Verlag in Stockholm. In diesem Buch hat Willkie unter immer neuen Aspekten die Notwendigkeit betont, eine unteilbare und friedliche Welt aufzubauen:

„Wir müssen, denke ich, schließen, daß – ganz allgemein ausgedrückt – nichts von Bedeutung im Frieden gewonnen werden kann, was nicht schon im Krieg selbst gewonnen wird. Ich sage: Nichts von Bedeutung. Es ist selbstverständlich richtig, daß viele Details am Konferenztisch und bei späteren Beratungen ausgearbeitet werden müssen ... Was wir jetzt, mitten im Krieg, erobern müssen, das sind die Grundsätze. Wir müssen wissen, auf welcher Linie sich die Lösung aller Fragen bewegen wird.“⁶⁾

⁵⁾ Thomas Mann, „Gesammelte Werke“, Zwölfter Band, Berlin 1953, S. 702. – Vgl. hierzu auch: Alexander Werth, „Rußland im Krieg 1941 bis 1945“, München 1965

⁶⁾ Wendell S. Willkie, „Unteilbare Welt“, Stockholm 1943, S. 247 f. – Propagandist dieser Linie war Walter Lippmann, etwa in seinem Buch „U.S. Foreign Policy and U.S. War Aims“, New York 1943, 1944. Es dürfte interessant sein, aus Thomas Manns „Die Entstehung des Doktor Faustus. Roman eines Romans“ folgenden Satz zu zitieren: „Man hörte nach Tische die Radio-Rede Willkies, der eben von seiner One-World-Tour zurück war“, um die Selbstverständlichkeit zu verstehen, mit der damals dieser Begriff gebraucht wurde.

Und an anderer Stelle seines Buches betont Willkie:

„In diesem Krieg gibt es in den Köpfen von Menschen, die so weit voneinander wohnen wie die Bürger Großbritanniens und des britischen Empires, die Amerikaner, die Russen und die Chinesen, gemeinsame Ziele. Aber wir müssen diese Ziele klar und sachlich zum Ausdruck bringen. Die Völker müssen ihre Ziele schon während des Krieges genau umgrenzen ... Unsere Führer haben – einzeln und gemeinschaftlich – einige unserer gemeinsamen Bestrebungen zum Ausdruck gebracht.“⁷⁾

An dieser Stelle zitiert Willkie vor allem Roosevelts „Vier Freiheiten“, die von Roosevelt und Churchill beschworene „Atlantic Charter“ und Stalins Erklärung vom 6. November 1942, aus Anlaß des 25. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Willkie als ein „Dokument von einzig dastehender und klarer Präzision“ bezeichnet:

„Abschaffung der Bevorzugung von Rassen, Gleichberechtigung der Völker und ihrer Gebiete, Befreiung verklavter Nationen und Wiederherstellung ihrer souveränen Rechte, das Recht der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten für jede Nation nach ihren eigenen Wünschen, wirtschaftliche Hilfe für alle Völker, die gelitten hatten, und Unterstützung bei der Wiedererlangung ihrer materiellen Wohlfahrt, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, Vernichtung des Hitlerregimes.“⁸⁾

Und um schließlich eine letzte der vielen Variationen dieses Themas bei Willkie anzuführen:

„Während des Kampfes müssen wir die Maschinerie der Zusammenarbeit ausbauen, einen Apparat, der den Krieg überleben soll. Erfolgreiche Instrumente der nationalen oder internationalen Regierungen sind das Ergebnis allmählichen Wachstums. Sie können nicht in einem Tag geschaffen werden. Auch darf man kaum hoffen, sie mitten in den wieder erwachten nationalistischen Bewegungen, in Egoismus und moralischer Degeneration und in den sozialen Verschiebungen schaffen zu können, die immer mit einer Nachkriegsperiode verbunden sind. Sie müssen jetzt, unter dem zusammenschweißenden Druck gemeinsamer Gefahr, geschaffen werden ... Und was das Allerwichtigste ist: wir, die Vereinten Nationen, müssen die Grundsätze formulieren, die unsere Handlungen zu leiten

⁷⁾ ebenda, S. 255 f.

⁸⁾ ebenda, S. 257 f. Der Text folgt der Übertragung des Stockholmer Verlages.

haben werden, wenn wir einmal Schritt für Schritt daran-gehen, die unterdrückten Länder zu befreien ... Sonst werden wir nichts wie Not- und Aushilfsmaßnahmen treffen und damit nur den Samen aussäen für die künftige Unzufriedenheit, sei es rassischer, religiöser oder politischer Art, und zwar nicht nur unter den Völkern, die wir zu befreien suchen, sondern auch unter den Vereinten Nationen selbst.“⁹⁾

Das Buch von Wendell Willkie, das die Erfahrungen einer längeren Reise um die Erde (vom 25. August bis zum 14. Oktober 1942) verarbeitete, stellte auf dem Höhepunkt des Krieges gegen den Hitlerfaschismus und der Bewährung der Anti-Hitler-Koalition den wohl reifsten Ausdruck der Gefühle der Sympathie weitester Kreise der amerikanischen Bevölkerung für die UdSSR und des Strebens nach Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition auch beim Aufbau einer dauerhaften friedlichen Ordnung in der ganzen Welt nach der Zerschlagung des Hitlerregimes dar – und welcher Sympathien sich Wendell Willkie seinerseits Anfang der vierziger Jahre erfreuen konnte, geht aus einem Brief von Clare Booth Luce, der Gattin des Herausgebers einflußreichster Nachrichtenmagazine und späteren US-amerikanischen Botschafterin in Rom, an Nehru vom 25. August 1942 hervor. Sie wollte Nehru eine Nachricht durch Wendell Willkie übermitteln lassen und kommentierte dies wie folgt:

„Die Bestellung dieses Briefes in Indien durch Mister Wendell Willkie bedeutet für uns, die Vereinigten Staaten, und für Sie, das indische Volk, eine Sache von größter Wichtigkeit: daß nämlich die Suche nach den wahrhaften Kriegszielen endlich doch begonnen hat. Denn Mister Wendell Willkie stellt in seiner Person, in seinen Auffassungen und in seinem Herzen nicht die politischen Ziele einer Minderheitspartei dar, sondern die echtsten Hoffnungen und Ideale der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes.“¹⁰⁾

Der Berliner Historiker Dr. Percy Stulz rechnet übrigens außer Wendell Willkie zu der „keineswegs homogenen Fraktion“ um Roosevelt den Vizepräsidenten der USA und späteren Handelsminister Wallace, ferner Harry Hopkins, der einer der engsten Mitarbeiter von Präsident Roosevelt war, sowie den Stabschef Admiral Leahy.

⁹⁾ ebenda, S. 265 ff.

¹⁰⁾ Jawaharlal Nehru, „Ein Bündel alter Briefe“, Darmstadt o. J., S. 758

Bei der Frage danach, welche Momente bei der Herausarbeitung einer Konzeption für die Zusammenarbeit der USA mit der UdSSR eine Rolle spielten, kommt Stulz zu dem Schluß, daß hierfür vor allem die grundlegenden Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses als Folge der sowjetischen Rolle im Kampf gegen den Faschismus in Anschlag zu bringen seien. In diesem Zusammenhang zitiert er aus einer der zahlreichen Denkschriften der obersten militärischen Planungsgremien, die vom State Department für die Festlegung der internationalen Nachkriegspolitik angefordert wurden, die Schlußfolgerung, daß

„die erfolgreiche Beendigung des Krieges ... eine Welt mit tiefgehenden Veränderungen vorfinden wird, ... Veränderungen, die in den letzten fünfzehnhundert Jahren wohl nur noch mit dem Fall von Rom vergleichbar sind ... Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion werden die einzigen Militärmächte erster Größenordnung sein ...“

Und aus einer Analyse von Admiral Leahy zitiert Stulz:

„Wir könnten unter den gegenwärtig bestehenden Bedingungen nicht Rußland schlagen. Mit anderen Worten, wir würden uns in einen Krieg verwickelt finden, den wir nicht gewinnen können.“¹¹⁾

Die vom amerikanischen Volk und von vielen seiner einflußreichen Führer in der Roosevelt-Ära befürwortete und praktizierte Gemeinsamkeit mit der Sowjetunion, die nicht nur aus den genannten literarischen Belegen, sondern auch aus wichtigen diplomatischen Dokumenten (insbesondere der großen Konferenzen von Teheran und Jalta) hervorgeht, schien so auch für die Nachkriegsperiode der wichtigste Aktivposten im Kampf um die Bewahrung und Stärkung der unteilbaren Welt zu sein, und die Organisation der Vereinten Nationen war als logische Fortsetzung, als Instrument der Kontinuität der Anti-Hitler-Koalition gedacht.

Doch freilich: Nachdem der Sieg über den Hitlerfaschismus errungen war – über den deutschen Imperialismus also, der der ernsthafteste imperialistische Konkurrent des amerikanischen Imperialismus gewesen war –, kamen die Gesetze der Sympathie für den sowjetischen Verbündeten, kamen die Normen der Anti-Hitler-Koalition ins Schwanken, und es setzten sich, gerade auch auf der Basis der Bedürfnisse der kapita-

¹¹⁾ Vgl.: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ („ZfG“), 6/1965, S. 933 ff. – Vgl. hierzu jetzt: „Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition“, Eine Dokumentation, Berlin 1966

listischen Produktionsweise in den USA, die alten Tendenzen des amerikanischen Imperialismus durch. Das ist ein objektiver Prozeß gewesen, der durch zahlreiche subjektive Faktoren begünstigt wurde, insbesondere durch den knapp vier Wochen vor Kriegsende erfolgten Tod Franklin Delano Roosevelts.

Die Ursachen dieses objektiven Prozesses hat ein hervorragender Kenner der amerikanischen Geschichte der neuesten Zeit, der Jenenser Historiker Dr. Peter Schäfer, wie folgt analysiert:

„Das politische Erbe Roosevelts wurde von der amerikanischen Monopolbourgeoisie, die seinen Kurs auch früher bekämpft hatte, nach seinem Tode sehr bald verworfen und unter Roosevelts Nachfolger Truman durch die Politik des ‚kalten Krieges‘ nach innen und außen ersetzt. Dieser Kurswechsel konnte sich deswegen vollziehen, weil der wirtschaftliche Aufschwung in den USA während der Kriegsjahre zu einer wachsenden ökonomischen und politischen Macht der Monopolbourgeoisie geführt hatte, ohne daß es der Arbeiterbewegung und der bürgerlich-demokratischen Bewegung gelungen wäre, diese reaktionären Gruppen zu bändigen. Der steigende Einfluß dieser Kräfte auch innerhalb der Demokratischen Partei zeigte sich 1944, als Roosevelt auf dem Nationalkonvent seiner Partei gezwungen wurde, auf eine neuerliche Aufstellung des relativ fortschrittlichen Wallace als Vizepräsidenten zu verzichten, und ihm der für die Parteibosse lenkbarere Senator von Missouri, Harry S. Truman, aufgezwungen wurde. Die Kontrolle der Regierung über die Monopole, soweit sie unter Roosevelt in bescheidenem Umfang bestanden hatte, schlug dann, nach dem Tode Roosevelts und unter Truman, in eine Kontrolle der Regierung durch die Monopole um. Roosevelts Anhänger, die ‚New Dealer‘, wurden seit Kriegsende in raschem Tempo und mit den Methoden des Antikommunismus aus dem politischen Leben der USA ausgeschaltet oder wie Wallace und Ickes zum Rücktritt gezwungen und durch Vertreter der Monopolbourgeoisie ersetzt, die bald in der Truman-Regierung einflußreiche Plätze bekleideten.“¹²⁾

Ergebnis dieser von solchen subjektiven Faktoren begünstigten Prozesse war das, was der Schweizer Historiker Prof. L. L. Matthias, der lange Jahre in den USA gelebt hat, die „Reversion der gesamten bisherigen Politik“ genannt hat. In seinem Buch „Die Kehrseite der USA“ (eine Neuauflage der bereits 1954 herausgekommenen Arbeit „Das geordnete Chaos

¹²⁾ „ZfG“, 4/1965, S. 616

oder Die Entdeckung Amerikas anno 1953“) hat Matthias einen außerordentlich wichtigen Vorgang referiert: Er verweist nämlich darauf, daß bereits drei Tage nach dem Tode Roosevelts, am 15. April 1945, eine Sitzung im State Department stattfand, an der etwa 10 bis 15 Personen teilnahmen, darunter Vandenberg, John Foster Dulles, der Unterstaatssekretär im State Department William Clayton, einige Mitglieder des Kriegsministeriums, darunter der Unterstaatssekretär General William H. Draper, der zusammen mit John Foster Dulles eng mit dem Bankhaus Dillon, Read & Comp. verbunden war, John C. McCloy, ehemaliger Bankier und späterer Hochkommissar in Westdeutschland, und einige weitere Vertreter des Monopolkapitals, darunter der damalige Präsident von General Motors. Wörtlich berichtet L. L. Matthias über diese Konferenz:

„Wir sind über den wesentlichen Inhalt der Gespräche bei dieser Sitzung informiert. Einer der drei bekanntesten amerikanischen Korrespondenten, Drew Pearson, der von Washington aus mehr als vierhundert Zeitungen mit Nachrichten versorgt (die sich selten als unzuverlässig erwiesen haben), berichtete darüber wenige Tage nach der Sitzung und im Zusammenhang mit anderen Geschehnissen, die von keiner geringeren Bedeutung waren. Die Veröffentlichung dieses Pearson-Artikels gehört zu den sensationellsten Ereignissen jener Zeit, denn es wurde der (in einer Anzahl von Fällen geglückte) Versuch gemacht, ihn zu unterdrücken, was eine längere Debatte im Kongreß zur Folge hatte. Um zu verhindern, daß der Artikel nur in seiner häufig gekürzten Form späteren Generationen bekannt wird, stellte ein Mitglied des Kongresses den Antrag, daß er in den ‚Congressional Record‘ (die Annalen des Kongresses) aufgenommen werden solle, und diesem Antrag wurde auch stattgegeben. Der Artikel ist dort unter der Bezeichnung A 2170 (79. Congress, First session – 1945) abgedruckt.

Pearson schrieb: „Es ist seit langem kein Geheimnis mehr, daß eine Gruppe im State Department einen möglichst milden Frieden mit Deutschland befürwortet, und zwar im Hinblick darauf, daß Deutschland zu einem Bollwerk gegen Rußland gemacht werden müsse. Aber solange Roosevelt im Weißen Haus war, sprach man nicht davon. Einen Tag nach seiner Beerdigung jedoch fand eine Sitzung ... in den Räumen des Unterstaatssekretärs Clayton statt, bei der (Mitglieder des) State Department und Kriegsministeriums beschlossen, die Politik Roosevelts zu reversieren ...“¹³⁾

¹³⁾ L. L. Matthias, „Die Kehrseite der USA“, Hamburg 1964, S. 129

Matthias hat die wichtige Bemerkung hinzugefügt, daß mit dem Hinweis auf diese Meldung jede Möglichkeit entfallt, „die Haltung der Russen in den Jahren 1946 bis 1948 für den Kurswechsel in der amerikanischen Politik verantwortlich zu machen“. Dieser Kurswechsel sei erfolgt, bevor sich ernsthafte Schwierigkeiten in den Beziehungen der beiden Mächte ergaben. Die „Reversion der Kriegsziele“ sei, so insistiert Matthias, „schon in den ersten Jahren des Krieges die heimlich verfolgte Politik der Opposition“ gewesen.

Nach den Analysen von Stulz fiel die Vorentscheidung für die Herausarbeitung einer solchen Politik bei der Nominierung von Harry S. Truman als Vizepräsident, und im Februar 1945 sei unmittelbar mit ihrer Intonierung begonnen worden, um dann nach dem Tode Roosevelts praktiziert zu werden. Freilich mußte diese Fraktion der amerikanischen Monopolbourgeoisie in der Öffentlichkeit zunächst noch andere Linien verfolgen; beispielsweise noch dem Potsdamer Abkommen, das für uns eines der entscheidenden Dokumente der Diplomatie des Friedens bleibt, zustimmen, weil gerade auch in der amerikanischen Bevölkerung das emotionale Plus für die kämpfende Sowjetunion noch außerordentlich stark wirksam war.

Erst der Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, die im Grunde nicht mehr in die Geschichte des zweiten Weltkrieges, sondern in die des kalten Krieges und der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gehören, „erlaubten“ es Truman, Dulles, Vandenberg und anderen, die „Reversion“ der Rooseveltischen Koexistenz- und Kooperationspolitik in aller Öffentlichkeit zu forcieren.

Daß damit das Erbe der Rooseveltischen Politik, sowohl der des „New Deal“ als auch der der „One World“, verraten wurde, wird um so deutlicher, wenn man daran erinnert, daß das letzte von Roosevelt ausgearbeitete Dokument, nämlich ein nichtvollendetes Redemanuskript zum Jefferson-Tag, die gleichsam testamentarische Verpflichtung enthält:

„Wenn die Zivilisation überleben soll, müssen wir die Wissenschaft der menschlichen Beziehungen pflegen, die Fähigkeit aller Menschen aller Art, zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten, in der gleichen Welt, für den Frieden.“¹⁵⁾

In diesem politischen Testament Roosevelts ist eine Umschreibung dessen enthalten, was wir seit Lenin die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher ge-

¹⁵⁾ zit. nach: „ZfG“, 4/1965, S. 615

sellschaftlicher Ordnung nennen, und so ist es denn auch kein Zufall gewesen, daß Otto Nuschke in der bereits zitierten Rede vom September 1957 den Zusammenhang zwischen der One-World-Konzeption und der Koexistenzpolitik herstellte und erklärte:

„Im Grunde erwies sich (das) Prinzip der Koexistenz als eine schöpferische Möglichkeit, unter den inzwischen neu geschaffenen Bedingungen in einer neuen Etappe der geschichtlichen Entwicklung zu dem Prinzip der ‚One World‘, das mindestens 1947 aufgegeben worden war, zurückzukehren...“¹⁵⁾

Angesichts der Reversion der amerikanischen Kriegsziele, wie sie dann 1947 in der Truman-Doktrin zum unübersehbaren Ereignis wurde, wurde das Prinzip der friedlichen Koexistenz zur „erlösenden Idee“, wie Otto Nuschke in vielen Reden und Aufsätzen formuliert hat.

II.

In einer seiner 55 Rundfunkansprachen an die „Deutschen Hörer“ hat Thomas Mann am 10. Mai 1945 erklärt:

„... die Stunde ist groß — nicht nur für die Siegerwelt, auch für Deutschland, — die Stunde, wo der Drache zur Strecke gebracht ist, das wüste und krankhafte Ungeheuer, Nationalsozialismus genannt, verröhelt und Deutschland von dem Fluch wenigstens befreit ist, das Land Hitlers zu heißen. Wenn es sich selbst hätte befreien können, früher, als noch Zeit dazu war, oder selbst spät, noch im letzten Augenblick; ... — freilich, das wäre besser, wäre das Allerwünschenswerteste gewesen. Es konnte wohl nicht sein. Die Befreiung mußte von außen kommen; und vor allem, meine ich, solltet ihr Deutsche sie nun als Leistung anerkennen, sie nicht nur als das Ergebnis mechanischer Übermacht an Menschen und Material erklären...“¹⁶⁾

Und vierzehn Tage, nachdem Thomas Mann diese Worte über BBC London gesprochen hatte, wandte sich der damalige Oberkonsistorialrat Dr. Friedrich-Wilhelm Krummacker über den Sender des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ mit folgenden Worten an die Christen in Deutschland:

¹⁵⁾ a. a. O., S. 14

¹⁶⁾ a. a. O., S. 743

... was an uns liegt, wollen wir mithelfen, unser Volk wieder aufzurichten in seiner Not. Ihr habt jetzt selbst täglich Gelegenheit, das nachzuprüfen, was wir euch bereits zuriefen, als die Fronten noch zwischen euch und uns lagen: Hitlers Untergang ist nicht der Untergang unseres Volkes ... Wir Deutschen können leben, wir wollen leben – und wir Christen wollen nicht die letzten sein, die an das Werk des inneren und äußeren Aufbaus gehen!¹⁷⁾

Hier ist in den Zeugnissen zweier Persönlichkeiten, die sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Wege gegangen waren, des frühen Emigranten und des Kirchenmannes, der sich erst in der Gefangenschaft Rechenschaft über den Irrweg deutscher Geschichte und Kirchengeschichte ablegte, etwas von den Erwartungen und von der Verantwortung unseres Volkes für die Zukunft des Friedens enthalten. Hier ist, um mit Erich Müller-Gangloff zu sprechen, „Geschichte im Präsens“ und „Politik im Futur“ beschrieben.

Was bei Thomas Mann und bei Krummacher im subjektiven Zeugnis sichtbar wird, ergibt sich aus entscheidenden politischen Dokumenten schon im Sommer 1945 in objektiver Weise. So heißt es im Gründungsaufwurf der Christlich-Demokratischen Union vom 26. Juni 1945:

„An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit soll jetzt der wahrhaft demokratische Staat treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.“¹⁸⁾

Und am 12. August 1945 erklärte die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Bedeutung des Potsdamer Abkommens:

„Die Einheitsfront wird die Fehler verhüten, die nach dem Zusammenbruch von 1918 begangen wurden ... Nie dürfen die verhängnisvollen Kräfte der Vergangenheit, die Kräfte des Militarismus, der Reaktion und des Hitlerismus wieder Gewalt über unser Volk bekommen. Deshalb muß der Weg von 1945 ein neuer sein: der Weg der Demokratie, des Rechts und der Freiheit, des Friedens und der Achtung vor anderen Völkern. Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird diesen Weg gehen.“¹⁹⁾

¹⁷⁾ Friedrich-Wilhelm Krummacher, „Ruf zur Entscheidung“, Berlin 1965, S. 95 f.

¹⁸⁾ „Dokumente der CDU“, Berlin 1956, S. 20

¹⁹⁾ ebenda, S. 22 f.

Hier haben wir einige der Gründungsurkunden einer neuen Politik in Deutschland vor uns, einer Politik, die von der geeinten Arbeiterbewegung, vom Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zwischen 1945/46 und 1949 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone betrieben wurde, insbesondere auch in der Volkskongreßbewegung und bei der Unterstützung der Weltfriedensbewegung, einer Politik, die 1949 nach der Separierung Westdeutschlands aus dem Nationalverband folgerichtig zur Gründung des ersten deutschen Friedensstaates, der Deutschen Demokratischen Republik, führte.

Es ist von außerordentlicher Bedeutung, auf diese Kontinuität einer in die Zukunft gerichteten nationalen und Friedenspolitik von 1945/46 an immer wieder und immer von neuem hinzuweisen. Wir haben seit dem 5. Mai 1965 ein außerordentlich bedeutungsvolles Dokument, in dem diese Kontinuität ihre erhellende Beschreibung gefunden hat: das Manifest der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an unser Volk und an die Völker der Welt, angenommen und veröffentlicht aus Anlaß des 20. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus. In diesem Dokument heißt es zu Recht:

„Alles, was wir taten, war vor allem von der Leidenschaft beseelt, den Frieden für Deutschland zu erhalten und die Kräfte, die die Deutschen in eine neue Katastrophe treiben wollen, nicht zum Zuge kommen zu lassen, sie für immer aus den Reihen der Nation auszumerzen. Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik, also dort, wo die Werktätigen das Heft in der Hand haben, die Grundsätze der Anti-Hitler-Koalition für die Gestaltung der deutschen Nachkriegsverhältnisse konsequent entwickelt. Wir haben in jeder Beziehung die Lehren des zweiten Weltkrieges beherzigt. Der preußisch-deutsche Militarismus, Geißel der Deutschen und Geißel anderer Völker, wurde mit der Wurzel gerodet. Jedem Drang nach Eroberungen, jedem Streben nach Raub und Beute, nach dem Territorium anderer Völker wurde der Boden entzogen.“²⁰⁾

Vor dem Hintergrund einer solchen programmatischen Äußerung muß man nun andererseits die Kontinuität der Politik der deutschen Spaltung durch Adenauer und seine Partei ins Blickfeld bekommen. Wir wissen jetzt von Adenauer selbst, daß er bereits am 5. Oktober 1945 im Gespräch mit einem englischen Journalisten und einer amerikanischen Reporterin das Konzept jener Politik formuliert hat, das dann der Gründung

²⁰⁾ „Neue Zeit“ vom 6. Mai 1965

der Bundesrepublik zugrunde lag. In einem am 9. Oktober 1945 von Adenauer über seine Interviews angefertigten Aktenvermerk heißt es:

„Der Vertreter des News Chronicle fragte nach meiner Ansicht über den Rhein-Ruhr-Staat. Ich habe auf diese Frage folgendes geantwortet: Nach den Vorgängen der letzten hundert Jahre verstehe ich den Ruf Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit. Es sei aber falsch, einen Rhein-Ruhr-Staat aus dem nicht russisch besetzten Gebiete Deutschlands herauszutrennen und von Deutschland loszulösen. Der von Rußland besetzte Teil sei für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren. Beide Journalisten stimmten dem zu. Wenn man einen Rhein-Ruhr-Staat losgelöst von den anderen Teilen Deutschlands bilde, erhebe sich sofort die Frage, was denn aus den Teilen Deutschlands nördlich und südlich dieses Rhein-Ruhr-Staates staatsrechtlich werden solle. Rußland würde treu seinen imperialistischen Tendenzen (!) sofort erklären, der von ihm besetzte Teil, das ist die Hälfte des alten Deutschlands, sei das deutsche Reich. Die drei zerschnittenen Teile der nicht russisch besetzten Zonen würden schon automatisch nach Wiedervereinigung mit diesem russisch besetzten alten Reich streben. Man kehre ihr Gesicht geradezu nach dem Osten, nicht nach dem Westen. Es sei notwendig, die drei Teile des nicht russisch besetzten Gebietes, die bei Schaffung eines Rhein-Ruhr-Staates entstünden, in einem staatsrechtlichen Verhältnis miteinander zu belassen. Es könne das eventuell bundesstaatlich sein. Vor allem aber sei es meiner Ansicht nach nötig, die Wirtschaft dieses Teiles, insbesondere die Wirtschaft des Rhein-Ruhr-Staates mit derjenigen Frankreichs und Belgiens zu verflechten, damit dadurch gemeinsame wirtschaftliche Interessen entstünden.“²¹⁾

Aus diesem Aktenvermerk vom Oktober 1945 (!) geht klar und deutlich hervor, warum es Adenauer als dem Exponenten der politisch-sozialen und klerikalen Reaktion, insbesondere der rheinischen Großbourgeoisie und des rheinischen Klerikalismus, von Anfang an ging: um die Restauration der alten gesellschaftlichen Verhältnisse — worüber er sich im Zusammenhang mit der Abwehr starker Tendenzen zur Sozialisierung innerhalb der CDU in der britischen Besatzungszone ausläßt —, um die Frontstellung gegen die Sowjetunion und die „Sowjetische Besatzungszone“, was er später die Bildung eines „Dammes gegen den Kommunismus“ genannt hat, und schließlich um die Etablierung jenes aus dem Nationalver-

²¹⁾ a. a. O. S. 34 f.

bande separierten Westdeutschland innerhalb eines klein-europäischen Gefüges, und dies mit dem Ziel, den westdeutschen Separatstaat zum beherrschenden Zentrum eines politisch, ökonomisch und kulturell konstituierten Kleineuropa zu machen. Der Aktenvermerk vom 9. Oktober 1945 muß bis ins Detail hinein als ein früher Hinweis auf die spätere Formierung einer westdeutschen Bundesrepublik erscheinen, wird doch beispielsweise in ihm auch schon die „bundesstaatliche“ Gliederung eines westdeutschen Staates herausgearbeitet.

Geschichtlich gesehen haben wir es bei dieser Konzeption mit einer neuen „Qualität“ des westdeutschen Separatismus zu tun: Ging es Adenauer und seinen Freunden (von Trimborn bis Hagen und nicht zuletzt Dorten) Anfang der zwanziger Jahre angesichts der damaligen ökonomisch-politischen Konstellation um die Abtrennung einer „Rheinrepublik“ von Deutschland und um die Anlehnung dieser Rheinrepublik an Frankreich, so mußte der Separatismus im Zusammenhang mit den ökonomischen, sozialen und politischen Kräfteverhältnissen nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition, insbesondere aber der Sowjetunion über den Faschismus „neue“ Gesichtspunkte zur Geltung bringen: die „Rheinrepublik“ mußte zum Kristallisationszentrum für alle jene deutschen Territorien werden, die unter imperialistischer Besetzung standen, und was sich Anfang der zwanziger Jahre als Partikularismus äußerte, wurde nach 1945 Separatismus im wahrsten Sinne dieses Wortes. (Im Zusammenhang mit den Versuchen der westdeutschen Großindustrie, Österreich wenigstens wirtschaftlich von neuem „anzuschließen“, wurde weniger die rheinische Republik als vielmehr der vom Dezember 1918 datierte Plan des bayerischen Bauernführers Dr. Heim zum historischen Modell des westdeutschen separatistischen Entwicklung.)

Bei einer genauen Lektüre der Memoiren Adenauers wird man feststellen können, daß die drei genannten Elemente seiner Konzeption in immer neuer Variation auftreten, und man könnte statistisch nachweisen, daß im Grunde jedes Kapitel, ja beinahe jeder Abschnitt der „Erinnerungen“ mit der Beschreibung dieser drei Grundzüge seiner Politik abgeschlossen wird. Im Rückblick auf die Ergebnisse des Wahlkampfes von 1949 hat Adenauer diese seine politische Auffassung beispielsweise wie folgt zusammengefaßt:

„Das deutsche Volk sollte am 14. August (1949, am Tage der westdeutschen Separatwahlen. G. W.) entscheiden, ob es nach überholten sozialistischen Grundsätzen regiert werden oder ob es sein Schicksal einer neuen Partei anver-

trauen wollte, deren Ziel es war, die Freiheit der Person gegen die Herrschaft der Masse und der Klasse zu setzen, und die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, in einem christlichen Europa unserem Land den ihm gemäßen Platz zu sichern und damit dazu beizutragen, einen wirksamen Damm gegen die Flut des bolschewistischen Marxismus zu errichten.“²³⁾

Daß damit an diesem wirklich entscheidenden Tag, dem 14. August 1949, der westdeutschen Bevölkerung eine falsche, eine demagogisch akzentuierte Alternative vorgelegt wurde, hat die bekannte westdeutsche Publizistin und Schriftstellerin Dr. Margret Boveri schon vor über zehn Jahren hervorgehoben. Sie machte nämlich darauf aufmerksam, daß die eigentliche Entscheidung des 14. August 1949 im Grunde nicht in der Wahl dieser oder jener Partei lag, sondern diesen Wahlen habe eigentlich die Frage an jeden Bürger der westdeutschen Länder zugrunde gelegen: Willst du die Bundesrepublik Deutschlands, oder willst du die Wiedervereinigung?

Wenn man nun die Frage stellt, warum eine solche Frage in den Bundestagswahlen 1949 nicht in dieser Deutlichkeit und Schärfe anklang (im Grunde geschah dies nur im Wahlkampf der Kommunistischen Partei Deutschlands!), dann muß man darauf antworten: weil es der Adenauer-Partei und den anderen westdeutschen bürgerlichen Parteien, aber auch der SPD im Zusammenhang mit ihrer antikommunistischen Orientierung gelungen war, von den nationalen Hauptfragen, aber auch (wie wir noch sehen werden) von den wichtigsten gesellschaftlichen Problemen einer sozialen Neuordnung abzulenken und die schon sehr früh nach 1945 (im Ergebnis der Reversion der amerikanischen Politik) aufgebrochenen Ost-West-Gegensätze im Interesse der sozialen und politischen Restauration auszunutzen.

Daher ist es auch kein Zufall, daß sich Adenauers Memoiren, soweit sie sich auf den Zeitraum von 1945 bis 1949 erstrecken, im wesentlichen darauf konzentrieren, deutlich zu machen, inwiefern er und seine engeren Freunde den Ost-West-Konflikt herbeisehnten und seine ersten Anzeichen, etwa in den diplomatischen Auseinandersetzungen, als Signal für eigene Aktivitäten in dieser Richtung betrachteten. — In seinem Buch „Das zweite Deutschland“ hat Ernst R i c h e r t festgehalten:

„Seit der vom amerikanischen Außenminister Byrnes in Stuttgart gehaltenen Rede (im September 1946. G. W.), in der erstmals aus berufenem Mund die Konzeption ent-

wickelt wurde, aus den Besiegten künftige Partner zu machen, datiert die Endgültigkeit der Zweiteilung Deutschlands. Die dreiviertel Jahre später von Byrnes' Nachfolger Marshall angekündigte amerikanische Geschenk- und Kredithilfe zur Rekonstruktion West- und Mitteleuropas, mit einer eindeutigen Spitze gegen die UdSSR ..., war der folgerichtige nächste Schritt, das Sozialvakuum Mitteleuropas wieder funktionsfähig zu machen ...“²³⁾

Der Rede von Byrnes widmet Adenauer in seinen Memoiren ebenso großen Raum wie der schon vorher von Churchill in Fulton gehaltenen Ansprache, und er bringt diese Dokumente in einen engen Zusammenhang mit dem damals in Gang gebrachten Zusammenschluß der britischen und der amerikanischen Zone, der ein bedeutender Schritt auf dem Wege der deutschen Spaltung gewesen ist. Die chauvinistische Großmannssucht Adenauers wird freilich gerade in seinen Erläuterungen zur Byrnes-Rede deutlich, wenn es dort nämlich heißt:

„Die Bedeutung Deutschlands für die westliche Welt hatte Byrnes offensichtlich noch nicht erkannt. Hierbei spielte vielleicht eine Rolle, daß damals die Vereinigten Staaten von Amerika noch allein im Besitz der Atomwaffen waren.“²⁴⁾

Unabhängig davon, ob es sich bei dieser Darlegung um einen Gedankengang Adenauers schon aus dem Jahre 1946 oder erst um eine spätere Reflexion bei der Niederschrift seiner Lebenserinnerungen handelt — eines geht hieraus klipp und klar hervor: Für Adenauer als den wichtigsten politischen Repräsentanten der westdeutschen Reaktion ging es immer darum, das separierte Westdeutschland politisch, ökonomisch und auch vor allem militärisch so stark zu machen, daß es neben den USA oder sogar gegen die USA zur beherrschenden imperialistischen Macht (auf jeden Fall in Westeuropa!) werden konnte, und zwar bis hin zum Besitz von Atomwaffen bzw. zur Verfügungsgewalt über sie.

An dieser Stelle muß man auf einen meines Erachtens außerordentlich wichtigen Gesichtspunkt hinweisen: Mit der „Ausbeutung“ und später der „Anheizung“ der Konflikte zwischen den Mächten der früheren Anti-Hitler-Koalition praktizierten die reaktionären Kräfte in Westdeutschland etwas, was 1944/45 von einflußreichen Kreisen der Nazis intendiert wurde. Thomas Mann hat in seinen Rundfunkreden mehrfach auf diesen Gesichtspunkt hingewiesen, so zum Beispiel am 20. März

²³⁾ ebenda, S. 222

²³⁾ zit. nach: „Sonntag“, 46/1965

²⁴⁾ a. a. O., S. 106

1945, als er davon sprach, gewisse Kreise der Nazis versuchen, die westlichen, insbesondere die angelsächsischen Völker damit zu erschüttern und zu ködern, daß sie

„den heillosen Zustand, in den sie Deutschland zu versetzen drohen, auf den Namen des ‚Bolschewismus‘ taufen und so den verlorenen Zweifrontenkrieg, den Deutschland ihnen verdankt, in einen Krieg gegen Rußland allein zu verwandeln“

unternehmen. Wörtlich heißt es weiter:

„Am Rhein, lassen sie wissen, werden sie die Waffen niederlegen, wenn man sich mit ihnen verständigt, und alles, was ihnen an Kampfkraft bleibt, im Osten konzentrieren, um das ihnen so teure Europa vor dem ‚Bolschewismus‘ zu bewahren.“²⁵⁾

Und es war, in dieser Pseudodialektik der Geschichte, „am Rhein“, daß nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den Hitlerfaschismus dessen Kriegsziele, die Herrschaft über Westeuropa und die Eroberung des Ostens, wieder aufgegriffen und von 1950 ab auch die Waffen wieder in die Hände genommen wurden. Gewisse Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere in der Kennedy-Ära, ließen überdies den Eindruck entstehen, daß „am Rhein“ auch andere Kriegsziele der Nazis wieder ins Blickfeld kamen, nämlich unter anderem das Ziel, den amerikanischen Imperialisten die Grenzen ihrer Macht in Europa zu zeigen und ihnen vorzuschreiben, was sie eigentlich zu tun hätten.

In seiner Leipziger Vorlesung am 7. Juli 1964 hat Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling, aus der Arbeit des amerikanischen Wissenschaftlers Fred Warner Neal vom Claremont Graduate College eine Analyse zitiert, die diesen Sachverhalt treffend charakterisiert:

„... Dank unserer (also der USA) Bemühungen hat heute Westdeutschland eine Regierung, die durch und durch militärisch orientiert ist und je länger, desto mehr sich als eine solche Regierung erweist. Dies ging so schleichend vor sich, daß man es kaum bemerkte. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich 1950 mit einem Auftrag des U.S. State Department in Bonn und Frankfurt war, daß Tageszeitungen berichteten, die westdeutsche Regierung habe einen Verteidigungsberater. Diese Meldung wurde mit dem Ausdruck der Entrüstung von beiden Seiten, so-

wohl von den Amerikanern als auch von den Deutschen, dementiert, obschon jedermann wußte, daß es die Wahrheit war. Später wurde die Berufung eines solchen Beraters eingestanden; die westdeutsche Regierung hielt jedoch daran fest, es gäbe kein Verteidigungsministerium. Wenige Wochen später wurde der Verteidigungsberater Verteidigungsminister; doch die Regierung beteuerte: keine Armee. Ein paar Monate später begann die Organisation der Armee; die Regierung betonte jedoch: keine traditionellen Uniformen und keine Generale. Und wiederum ein paar Monate später hatte die Wehrmacht die Uniformen, und der Rang eines Generals wurde wieder eingeführt. Man sagte jedoch: Es werde keinen Generalstab geben — und so weiter — und so fort.“²⁶⁾

Auf eben diesen Tatbestand der Unerättlichkeit des deutschen Imperialismus hat der Außenminister der DDR, Otto Winzer, hingewiesen, wenn er am 12. November 1965 auf der Präsidiumstagung der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen erklärte, die deutschen Militaristen hätten schon vor der Machtergreifung Hitlers nach der „Gleichberechtigung“ gestrebt, und im Dezember 1932 sei in einer Beratung Großbritannien, Frankreichs, Italiens, der USA und Deutschlands ein Beschluß gefaßt worden, der faktisch die Gewährung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands vorsah. Wörtlich betonte unser Außenminister:

„Als im Jahre 1933 das Hitler-Regime die offene militärische Aufrüstung Deutschlands begann, berief es sich eben auf dieses Zugeständnis der Gleichberechtigung und argumentierte, wenn die Militärluftfahrt nicht vollständig abgeschafft wird, dann muß sich Deutschland entsprechend dem Grundsatz der Gleichberechtigung auch eine Luftfahrt zulegen. So zeigte sich, daß jedes Zugeständnis an den deutschen Imperialismus immer neue Forderungen auslöste, stets nur benutzt wurde, um neue Schritte in der Aufrüstung zu rechtfertigen. Was 1933 für das Hitler-Regime die militärische Luftfahrt war, ist heute für das Regime der westdeutschen Revanchepolitik die atomare Aufrüstung. Wenn Ludwig Erhard und mit ihm Hassel, Schröder und andere gegen die angebliche Diskriminierung Westdeutschlands zu Felde ziehen, dann meinen sie in Wirklichkeit die Legalisierung nicht nur der konventionellen, sondern auch der nuklearen Rüstung.“²⁷⁾

Und im Blick auf die Einbeziehung der Bundeswehr in die NATO hat General Heusinger kürzlich in einem Aufsatz

²⁵⁾ Linus Pauling, „Neue Moral und internationales Recht“, Berlin 1965, S. 48 f.

²⁷⁾ „Neues Deutschland“ vom 14. November 1965

der Zeitschrift „Truppenbetreuung“ darauf hingewiesen, Bonn sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß es der NATO nicht nur „Vorfeldkämpfer“ zur Verfügung stellen, sondern innerhalb der NATO eine bestimmende Rolle spielen werde.

Daß die Funktion der Bundesrepublik in der NATO in der Tat nicht sekundärer Natur ist, daß die Bundesrepublik vielmehr nach militärischer Suprematie strebt, hat Prof. Albert Norden kürzlich in einem wichtigen Aufsatz in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ nachgewiesen. Wörtlich heißt es dort:

„Charakteristisch für die Suprematie-Bestrebungen Bonns gegenüber den eigenen Bundesgenossen ist das Ausmaß der Besetzung entscheidender Führungspositionen der NATO durch Bundeswehroffiziere, die früher Kommandostellen in der Hitlerarmee innehatten. Dieser Prozeß vollzieht sich in jüngster Zeit unter rücksichtsloser Ausschaltung englischer, französischer und dänischer Offiziere. Vertreter der Bundeswehr in solchen wichtigen Kommandostellen in den NATO-Führungsstäben sind:

- Direktor des Planungsstabes der ‚Ständigen Gruppe‘ der NATO in Washington, Generalmajor Ernst Ferber;
- Stellvertreter des Stabschefs für Planung und Grundsatzzfragen im NATO-Oberkommando Europa (SHAPE), Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin;
- Stellvertreter des Stabschefs für Luft- und Sonderoperationen im NATO-Oberkommando Europa (SHAPE), Generalmajor Georg Gartmayr;
- Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Zentraleuropa, General von Kielmannsegg;
- Stabschef und stellvertretender Befehlshaber der NATO-Luftstreitkräfte Zentraleuropa, Generalleutnant Johannes Steinhoff;
- Stellvertretender Befehlshaber des NATO-Kommandos Ostseezugänge, Konteradmiral Gert Jeschonnek;
- Befehlshaber der Landstreitkräfte Jütland im NATO-Kommando Ostseezugänge, Generalleutnant Cord von Hobe;
- Stabschef der Seestreitkräfte des NATO-Kommandos Ostseezugänge, Flottillenadmiral Otto Kretschmer.“²⁸⁾

Es ist diese politische Entwicklung in Westdeutschland, die allen Erwartungen der Deutschen im Jahre 1945 auf Errichtung einer dauerhaften und stabilen Friedensordnung in un-

²⁸⁾ „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 9/1965, S. 712 f.

serem Vaterland Hohn spricht und die die ganze Entschlossenheit aller friedliebenden und patriotischen Kräfte in Deutschland zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die friedliche Lösung unserer nationalen Frage erfordert, um nicht zu sagen: herausfordert.

In der damaligen sowjetischen Besatzungszone und später in der Deutschen Demokratischen Republik konnte, worauf ich schon hinwies, auf dem Geist und auf dem Buchstaben der ersten politischen Dokumente von 1945 aufgebaut werden, und in gesicherter Kontinuität entwickelten sich die Bemühungen um die Vereinigung aller Deutschen, denen es um eine neue Demokratie, um die Erneuerung unserer Nation und um die Sicherung des Friedens ging und geht. Ich kann hier nicht die Geschichte des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der Volkskongreßbewegung und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nachzeichnen. Ich kann hier nicht auf die Bedeutung aller jener Vorschläge eingehen, die 1946 und 1947 unter den Stichworten „nationale Repräsentation“ und „gesamtdeutscher Konsultativrat“ die Diskussion bestimmten, und ich kann auch nicht die Fülle jener Dokumente anführen, die von den die DDR tragenden gesellschaftlichen Kräften seit dem historischen Brief des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, an Bundeskanzler Adenauer vom 30. November 1950 zur Diskussion gestellt wurden, um den Prozeß der Spaltung Deutschlands zu unterbrechen bzw. zu überwinden, um die Remilitarisierung Westdeutschlands zu verhindern, um der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO und seit 1958 in so oder so geartete militärische Systeme atomarer Rüstung (MLF, ANF usw.) entgegenzutreten. Nur soviel soll an dieser Stelle festgehalten werden:

Die Vorschläge der DDR, gleichgültig in welcher Situation sie gemacht wurden, waren immer davon charakterisiert, den Notwendigkeiten der jeweiligen Situation zu entsprechen und echte „nationale Kompromisse“, wie Walter Ulbricht einmal gesagt hat, auszuarbeiten, um von der Frontstellung des kalten Krieges zu einer Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und Westberlins in der Sache des Friedens und der europäischen Sicherheit zu gelangen. Diese Feststellung gilt sowohl für die früheren Vorschläge gesamtdeutscher freier Wahlen, und zwar sogar unter Kontrolle der Kirchen in beiden deutschen Staaten, als auch für die schöpferische Konzeption einer deutschen Konföderation, in der wesentliche Vorstellungen Bonner Politiker berücksichtigt wurden, und erst recht für all das, was von der Regierung der Deutschen Demokra-

tischen Republik im Blick auf eine vertragliche Fixierung des Atomwaffenverzichts der beiden deutschen Staaten zur Diskussion gestellt worden ist.

Dieses Charakteristikum der Anpassung unserer Vorschläge an die jeweilige geschichtliche Situation und erst recht das des nationalen Kompromisses erhielten freilich durch gravierende politische Entscheidungen Bonns ihrerseits Zäsuren. Das gilt vor allem für zwei Entscheidungen: für die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO 1955 und für den Beschluß des Bundestages über die atomare Aufrüstung der Bundeswehr im März 1958. Solche Entscheidungen veränderten natürlich den Grad, das Ausmaß der Kompromißbereitschaft: Sie hatten etwa zur Folge, daß nach 1955, also nach der Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO, über Wahlen, wie sie noch am 10. März 1952 vorgeschlagen worden waren, nicht mehr gesprochen werden konnte. Die folgenreiche Bedeutung des 5. Mai 1955, also des Tages, an dem die Bundesrepublik in die NATO eintrat, fast genau auf den Tag zehn Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, hat Erich Müller-Gangloff in seinem Buch „Mit der Teilung leben“ erfaßt, wenn er dort schreibt:

„Wenn ein Datum zu nennen wäre, von dem an eine Wiedervereinigung ... aussichtslos geworden ist, so liegt es nahe, den 5. Mai 1955 zu nennen ...“²⁹⁾

Die intransigente Haltung Bonns war jedoch für die Friedenskräfte in der DDR niemals Veranlassung, sich von dem Weg der nationalen Politik, der Entspannung und des Friedens abdrängen zu lassen, sondern ihn im Gegenteil konsequent weiterzugehen und auf ihm den Friedenskräften in der Bundesrepublik so voranzuschreiten, daß diese unter ihren Bedingungen Raum für neue politische Konzeptionen gewinnen und sich vor allem im Interesse der Veränderung der politischen Situation in der Bundesrepublik zusammenschließen.

Der schon zitierte Erich Müller-Gangloff hat in seinem Buch „Mit der Teilung leben“, in dem er den Versuch der Ausarbeitung einer solchen neuen Konzeption unternimmt, auf die Folgerichtigkeit der von der DDR betriebenen nationalen Politik hingewiesen, wenn er beispielsweise den von Walter Ulbricht in die Debatte geworfenen Vorschlag eines „Gottesfriedens“, einer „Treuga Dei“, aufgreift und wie folgt kommentiert:

²⁹⁾ Erich Müller-Gangloff, „Mit der Teilung leben“, München 1965, S. 36. — Die Bedeutung dieses Zitates legt für uns natürlich nicht in seinen Aussagen über die Wiedervereinigung.

„Der Gedanke, der in östlichen Presseverlautbarungen bis in die jüngste Zeit wiedergekehrt ist, nimmt das Modell der mittelalterlichen Treuga Dei insofern ernst, als damals auch nicht an eine Pax Dei für alle Ewigkeit gedacht war ... Ob es unseren Politikern wohl gelingen möchte, eine solche Treuga — mit oder ohne Gott — in unserer Zeit zu stiften?“³⁰⁾

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Erhard und all das, was vor dem 19. September 1965 und nach diesem Datum in der Bundesrepublik an chauvinistischen Reden, an revan-chistischen Forderungen und an atomaren Erpressungsversuchen in die Welt gesetzt worden ist, machen deutlich, daß Bonn an alles andere als an eine Treuga Dei denkt. Bonn will die deutsche Frage nach wie vor als Zankapfel der Weltpolitik, um auf diese Weise die von Adenauer formulierten Ziele der „Weltgeltung“ der Bundesrepublik, der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Eroberung des Ostens, also die kalten Kriegsziele von heute und, wie auch Müller-Gangloff hervorhebt, die nazistischen Kriegsziele von gestern, zu erreichen.

Man muß daher mit Nachdruck das unterstreichen, was das Präsidium des Nationalrates Ende Oktober in einer bedeutenden Erklärung wie folgt formuliert hat:

„Wird sich in Westdeutschland eine nationale deutsche Politik durchsetzen, oder wird die Bundesrepublik atomarer Brückenkopf der USA bleiben? Deutsche Politik ist es, sich von den Interessen des deutschen Volkes leiten zu lassen und nicht von den Wünschen der in- und ausländischen Rüstungskonzerne oder imperialistischer Militärpakte. Deutsche Politik erfordert, von den Realitäten auszugehen, das illusionäre Ziel der Herrschaft des westdeutschen Monopolkapitals und der Hitlergenerale über ganz Deutschland und Europa aufzugeben und in gleichberechtigten sachlichen Beziehungen beider deutscher Regierungen den Weg zur Zusammenarbeit und zur Annäherung zu ebnen.“³¹⁾

³⁰⁾ ebenda, S. 119

³¹⁾ „Neues Deutschland“ vom 23. Oktober 1965

III.

Der bekannte westdeutsche Gewerkschaftsjournalist Helmuth Lindemann hat kürzlich geschrieben:

„Nun sind wir jedoch nicht einfach in die Restauration hineingestolpert, weil uns nichts Besseres einfiel. Wir sind auch mit Bedacht hineingeführt worden oder haben uns mit Bedacht hineinführen lassen. Als sich die CDU Konrad Adenauer zum Vorsitzenden wählte, entschied sie sich bereits für die Restauration...“³²⁾

Diese Feststellung wird von Konrad Adenauer in seinen Memoiren selbst bestätigt. Im Blick auf die parteipolitische Entwicklung in der britischen Zone verweist er darauf, die bedeutendste Konferenz der CDU unmittelbar nach dem „Zusammenbruch“ habe Ende Februar 1946 in Neheim-Hüsten stattgefunden:

„In ihr überwand die Partei die Kräfte, die eine zu starke Sozialisierung befürworteten, und verhinderten dadurch ein Auseinanderfallen der Partei.“³³⁾

Auch bei der Behandlung einer anderen CDU-Konferenz der britischen Zone – am 22. und 23. Januar 1946 in Herford – ist für Adenauer nur wichtig zu betonen, daß es auf ihr darum gegangen ist, die Kräfte in der CDU zurückzudrängen, für die

„die Frage der Sozialisierung, d. h. Verstaatlichung großer Unternehmen, damals eine entscheidende Rolle“

spielte.³⁴⁾

Mit anderen Worten heißt das: Das Streben nach einer gesellschaftlichen und geistigen Neuorientierung war 1945/46 auch in Westdeutschland, auch in der westdeutschen CDU an der Tagesordnung, und genau die Kräfte, die die soziale Restauration praktizierten, nahmen auch in der nationalen Frage einen reaktionären Standpunkt ein. Wie in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die antifaschistisch-demokratische Umwälzung (also Bodenreform, Schulreform, Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher usw.) die gesellschaftliche Basis für eine konsequent nationale Politik war, so ist der

³²⁾ Robert Jungk und Hans Josef Mundt (Herausgeber), „Modelle für eine neue Welt“ (Am Beginn einer neuen Epoche), Band „Deutschland ohne Konzeption“, München 1964, S. 448 ff.

³³⁾ a. a. O., S. 61

³⁴⁾ ebenda, S. 57

Prozeß der sozialen Restauration in den westdeutschen Zonen (also das Ausbleiben einer Bodenreform, die Verhinderung der Durchführung der Beschlüsse etwa des hessischen Landtags zur Sozialisierung usw.) untrennbar mit einer anti-nationalen Konzeption, mit der Errichtung des – um mit Adenauer zu sprechen – „Dammbaues“ gegen den „atheistischen Osten“ verbunden.

Wir müssen uns über diesen Sachverhalt im klaren sein, weil nur durch seine nüchterne Analyse alle „gesamtdeutschen“ Spekulationen der vierziger, der fünfziger und sogar noch der sechziger Jahre als gegenstandslos erwiesen werden. Gerade vor dem Hintergrund der radikalen Erfassung eines solchen Sachverhaltes wird auch all das in den Bereich einer reaktionären Utopie verwiesen, was in der westdeutschen Propaganda so oft unter dem Stichwort „Preis für den Verkauf der DDR“ firmiert.

Überblickt man nämlich die zwanzig Jahre deutscher Nachkriegsgeschichte, dann wird man zu dem folgerichtigen Schluß kommen müssen: Nachdem die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zur Basis für eine konsequent nationale Politik der tragenden gesellschaftlichen Kräfte in der damaligen sowjetischen Besatzungszone geworden war, wurde der sozialistische Aufbau seit 1950/52 die gesellschaftliche Grundlage der antiimperialistischen Friedenspolitik der DDR, und der umfassende sozialistische Aufbau, seit 1961/63, erlaubt der Deutschen Demokratischen Republik eine in der Weltöffentlichkeit immer mehr anerkannte konstruktive Politik der Friedenssicherung, des ökonomischen Wettbewerbs und der Kooperation. Die zuletzt genannte Tatsache ist in der westdeutschen Öffentlichkeit spätestens im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch Walter Ulbrichts in der Vereinigten Arabischen Republik klargeworden.

An dieser Stelle muß man darauf hinweisen, welche Resonanz diese gerade mit dem Namen unseres Staatsratsvorsitzenden verbundene konstruktive Politik in Kreisen des westeuropäischen Bürgertums gefunden hat. Müller-Gangloff beispielsweise wendet sich energisch gegen die „Unterschätzung“ der Politik Walter Ulbrichts, und Sebastian Haßner hat positiv formuliert, es gäbe einen einzigen deutschen Politiker, der auf eine fünfzigjährige erfolgreiche Politik zurückblicken könne, nämlich Walter Ulbricht. Selbst das Organ des westdeutschen politischen Klerikalismus „Rheinischer Merkur“ hat kürzlich Walter Ulbrichts Position als „patriotisch“ charakterisieren müssen.

Wenn man die Frage danach stellt, welche Elemente der

Politik des Staatsrates der DDR, der Regierung und der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands es sind, die zu solchen Einschätzungen und Würdigungen führen, dann wird man – unvollständig – auf die folgenden hinweisen dürfen:

1. Die konsequente Verwirklichung der Prinzipien des sozialistischen Aufbaus unter Berücksichtigung und Ausschöpfung aller ökonomischen Ressourcen und der Entwicklung der schöpferischen Kraft der Masse der Werktätigen hat zu dem geführt, was Müller-Gangloff „Wirtschaftswunder Ost“ nennt:

„Nicht wenige ausländische Beobachter, die Gelegenheit zu objektiven Vergleichen hatten, äußern die Meinung, das eigentliche deutsche Wirtschaftswunder sei in der östlichen Hälfte unseres Landes passiert. Dies nur sei ein wirkliches Wunder, da es ungewöhnlich widrigen Voraussetzungen hat abgerungen werden müssen. So viel wird auch der skeptischer gestimmte Zeitgenosse zugeben müssen, daß wir die Frage nach den Errungenschaften der DDR, die meist nur einen wohlfeilen Spott herausgefordert hat, ernster als bisher verhandeln müssen.“³⁵⁾

Sowohl Müller-Gangloff als auch Ernst Richert gelangen zu der Auffassung, daß es vor allem das neue ökonomische System ist, das die ökonomischen Erfolge der DDR als fünfstärkster Industriemacht Europas begründet.

2. Zu den besonderen politischen Merkmalen der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik gehören die vor nahezu zwanzig Jahren erfolgte Einigung der Arbeiterbewegung und das Mehrparteiensystem. Der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der im Juli 1945 gebildet wurde, hat seine Bewährungsprobe im politischen und im geistigen Kampf bestanden, und es hat sich ergeben, daß die politische Gemeinsamkeit der Parteien in der Deutschen Demokratischen Republik, die die Führung der Partei der geeinten Arbeiterklasse anerkennen, nicht etwa zu einer Nivellierung ihrer Position geführt hat, sondern im Gegenteil zur Differenzierung, zur konstruktiven Wahrnehmung der jeweils spezifischen Aufgaben der einzelnen Parteien.³⁶⁾

3. Wenn heute in Westdeutschland immer wieder von der Notwendigkeit gesprochen wird, „Modelle für eine neue Welt“

³⁵⁾ a. a. O., S. 39

³⁶⁾ Sogar der sozialdemokratische Ideologe Theo Pirker hat in seinem Buch „Die SPD nach Hitler“, München 1965, die große Bedeutung der Blockpolitik hervorheben müssen. Vgl.: „Der Tagespiegel“ vom 10. November 1965

(so der Titel einer von Robert Jungk und Hans-Josef Mundt im Münchener Desch Verlag herausgegebenen Publikationsreihe über Zukunftsplanung) zu entwickeln, dann ist es notwendig zu betonen: In der DDR haben wir nicht nur Modelle dafür, sondern die Gesamtpolitik der Deutschen Demokratischen Republik ist dieses Modell. Man denke nur daran, daß das neue ökonomische System nicht ohne Zusammenhang mit unserem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem und mit anderen wichtigen Gesetzeswerken der letzten Zeit (Familiengesetz, Jugendgesetz usw.) betrachtet werden kann. Die Einheit des neuen ökonomischen Systems, des Bildungssystems, unserer Perspektivplanung, der genannten Gesetzeswerke und nicht zuletzt unserer Friedenspolitik ist das, was man in Westdeutschland in Kreisen vernünftiger und ehrlich um den Frieden besorgter Wissenschaftler als Zukunftsplanung fordert, und in der Einheit all dieser gesellschaftlichen Erscheinungen können wir den „Wettkampf zum Jahre 2000“ nicht nur antreten, sondern ihn in der Gewißheit unseres Sieges verwirklichen.

4. Von nicht geringer Bedeutung sowohl für die ökonomische Entwicklung als auch für die politische Bewußtseinsbildung ist das System der Staatsbeteiligung, das nunmehr fast zehn Jahre alt ist. Dieses System der Staatsbeteiligung hat wesentlich dazu beigetragen, echte humanistische Kräfte im Bürgertum, insbesondere unter den Privatindustriellen, denen es um den Dienst am Ganzen des Volkes geht, in die Front der sozialistischen Werktätigen zu integrieren. Der unmittelbare ökonomische Effekt, der durch die Eingliederung richtig verstandener „Privatinitiative“ in das volkswirtschaftliche sozialistische System gegeben ist, findet eine ebenso große Resonanz wie die Tatsache, daß Privatindustrielle mit Staatsbeteiligung heute die Möglichkeit des Studiums, einschließlich der Promotion, erhalten haben.

5. Ich möchte nicht versäumen, gerade in diesem Zusammenhang auch auf unsere Erfolge im Bereich der Kirchenpolitik zu verweisen. Durch den 9. Februar 1961 und den 18. August 1964 ist – im Zusammenhang mit dem Communiqué vom Juli 1958 – klargeworden, daß es in der Deutschen Demokratischen Republik keine „fünfte Kolonne“ auf kirchenpolitischem Gebiet mehr gibt und daß erst recht die christlichen Staatsbürger keine „Bürger zweiter Klasse“ sind. Die Kirchen haben in unserer Gesellschaft den ihnen entsprechend der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik gemäßen Platz, und die christlichen Staatsbürger arbeiten mit,

planen mit und regieren mit. Wenn 98 Pfarrer am 10. Oktober 1965 in die örtlichen Volksvertretungen gewählt worden sind, so ist dies ein außerordentlich bedeutungsvolles Ergebnis aller Bemühungen, die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu stärken und zu festigen.

6. Ein besonderes Wort muß auch zur kulturpolitischen Situation in der Deutschen Demokratischen Republik gesagt werden. Mit dem Stichwort „Bitterfelder Weg“ ist eine bisher ungeahnte Entfaltung schöpferischer Kräfte gerade in der werktätigen Bevölkerung verbunden, und gleichzeitig ist die Dialektik von Bitterfeld und Weimar, also des Strebens nach der Bewahrung unseres Erbes und nach einer literarisch-künstlerischen Widerspiegelung des Neuen in unserer Gesellschaft, immer stärker zur Geltung gekommen. Die großen Erfolge unserer Kulturpolitik haben sich als Ergebnis eines konsequenten parteilichen Kampfes gerade in den letzten zwei Jahren auch in der Bundesrepublik immer stärker ausgewirkt; man denke nur an die Ausstrahlungskraft unserer Literatur auf der Frankfurter Buchmesse, an die Erfolge etwa der Arbeiten von Christa Wolf, Johannes Bobrowski, Rolf Schneider und Erwin Strittmatter, um damit gleichzeitig die große Vielfalt in unserer sozialistischen Nationalliteratur anzudeuten. Ähnliches gilt für die außerordentlich starke Resonanz, die das Auftreten des Berliner Ensembles in London fand, die Komische Oper in Italien sowie unsere großen musikalischen Klangkörper, wie die Dresdener Staatskapelle und das Leipziger Gewandhausorchester, beispielsweise in Österreich, in England und in der Bundesrepublik.³⁸⁾

7. Schließlich muß noch einmal in anderem Zusammenhang auf einen Gesichtspunkt verwiesen werden, der schon unter Punkt 5 genannt wurde, nämlich auf den der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung. Wenn ich im Blick auf 1945/46 auf die Momente der gesellschaftlichen Neuorientierung verwiesen habe, dann muß ich jetzt ergänzend hinzufügen: Diese gesellschaftliche Neuorientierung wäre ohne den Prozeß des „Anderswerdens“, des Umdenkens, des Metanoieite, also der geistigen Neuorientierung, in jener Zeit unmöglich gewesen, oder jedenfalls hätte sie nicht diese Tiefe erreicht, und sie hätte nicht die Stabilität, die sie bis in unsere Tage hinein besitzt.

³⁸⁾ Diese Aussagen wurden vor dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED formuliert, weisen daher indes mit aller Deutlichkeit auf die echte Kontinuität unserer Kulturpolitik hin.

Umgekehrt ist die geistige Neuorientierung bei uns nicht im Bereich des Individuellen verblieben, sie erhielt vielmehr konkrete gesellschaftliche Zielsetzungen. Das Anderswerden des einzelnen hing im Osten Deutschlands mit der Veränderung der Gesellschaft zusammen. Und das Anderswerden der Gesellschaft war das Werk andersgewordener einzelner, von Christen und Nichtchristen, die in der Gemeinsamkeit politisch-gesellschaftlicher Zielsetzungen auch die Gemeinsamkeit humanistischer Postulate zu erkennen und zu realisieren begannen.

Einen besonderen Akzent erhält diese Feststellung heute noch dadurch, daß es zwischen der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung der DDR und den Idealen der Friedenskräfte in der Bundesrepublik ein tertium comparationis gibt. Als 1961 Prof. Albert Norden vor dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland den Deutschen Friedensplan begründete, wies er darauf hin, daß in ihn die Vorstellungen der westdeutschen Friedenskräfte, von Verfassern des Deutschlandplans der SPD bis zu Repräsentanten der Kirchlichen Bruderschaften, hineingenommen worden seien. Heute können wir z. B. darauf verweisen, daß C. F. von Weizsäckers Friedensrede in der Paulskirche 1963 nicht nur die vernünftigen, auf eine Veränderung der bundesdeutschen Politik orientierten Kräfte in Westdeutschland inspirierte (und etwa auch der Ausgangspunkt für die schon genannte Publikationsreihe „Modelle für eine neue Welt“ ist) – auch in der Deutschen Demokratischen Republik hat das, was der „Generalstab Weizsäcker“, um mit Müller-Gangloff zu sprechen, formuliert hat, ein lebhaftes Echo gefunden; ich verweise nur auf die Diskussion im „Sonntag“ und im „Neuen Deutschland“, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Buchveröffentlichung der Rede von Weizsäckers im Union Verlag.³⁹⁾

Diese knappen Hinweise auf spezifische Momente der gesellschaftlichen und geistigen Situation in der Deutschen Demokratischen Republik machen schon deutlich, wie hier alles nur Mögliche versucht worden ist, den echten Erwartungen der friedliebenden Deutschen in der „Stunde Null“ gerecht zu werden. Wir konnten das, weil wir zuerst in der sowjetisch besetzten Zone und dann in der DDR die subjektiven Erwartungen nicht von den objektiv notwendigen gesellschaftlichen Prozessen trennten, weil vielmehr die Dialektik von Erwartung und Verantwortung sofort und mit Nachdruck in Erschei-

³⁹⁾ 2. Auflage erschienen 1965. Vgl. zu Weizsäcker auch „Neues Deutschland“ vom 23. Januar 1966

nung trat. Das heißt also: Die Deutsche Demokratische Republik ist nicht nur der geschichtliche Ort realisierter Erwartung eines Staates des Friedens in Deutschland, sondern sie ist vor allem auch der Ort konkreter, praktizierter geschichtlicher Verantwortung für ein neues Deutschland des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie.

IV.

Eigentlich hätte ich mit diesen Bemerkungen einen, wie man so sagt, schönen Schluß gehabt. Gestatten Sie mir aber, daß ich noch ein paar Sätze hinzufüge, in denen etwas über die besonderen Erwartungen an unseren Kreis und über unsere spezifische Verantwortung gesagt wird.

Als wir uns vor einem Jahr in Dresden zusammenfanden, ist von Walter Feurich mit Recht auf den Ansatz von Stuttgart und Darmstadt als den Ansatz auch für uns hingewiesen worden.⁴⁰⁾ Ich möchte, gerade im Zusammenhang mit dem, was ich über die gesellschaftliche und geistige Entwicklung in ganz Deutschland seit 1945 gesagt habe, noch einiges ergänzen.

Ich verkenne nicht, daß der Ansatz Stuttgart–Darmstadt im deutschen Protestantismus zunächst auch „offiziell“ eine gewisse Entfaltung erfahren hat, und würde z. B. die Synode in Berlin–Weißensee 1950, den Kirchentag in Berlin 1951, die Synode in Elbingerode 1952, den Kirchentag in Leipzig 1954 und die Außerordentliche Synode 1956 in Berlin–Spandau in diesen Zusammenhang einordnen, auch dann, wenn einige Aspekte der genannten synodalen Tagungen bzw. Kirchentage damals und heute eine negative Bewertung erfahren müssen. Immerhin wurden diese kirchlichen Veranstaltungen in bestimmter Weise den Erwartungen der Friedenskräfte in unserem Vaterlande gerecht, und in manchen ihrer Beschlüsse oder aber in ihrer Atmosphäre waren sie Ausdruck zukunftsweisender protestantischer Verantwortung.

Wenn man die Frage stellt: „Hat die Evangelische Kirche geschwiegen?“, dann wird man sie gewiß nicht im Sinne von Pfarrer Heidtmann, dem Herausgeber der sogenannten „Dokumentation“, beantworten, sondern man wird auf diese Linie Stuttgart – Darmstadt – Weißensee – Berlin – Elbingerode – Leipzig – Berlin – Spandau hinweisen und hinzufügen, daß die „Räubersynode“ von 1957, wie man die Militärseel-

⁴⁰⁾ Diese Materialien lagen gedruckt „Glaube und Gewissen“ und „Evangelischem Pfarrerblatt“ Anfang 1965 bei.

sorge-Synode genannt hat, und die Komplementaritätsthese die offizielle Evangelische Kirche in Deutschland auf eine Linie der Verantwortungslosigkeit geführt haben. Auf ihr konnte sie nicht mehr den Erwartungen, die ihr 1945 und in den folgenden Jahren entgegengebracht wurden, gerecht werden, und gleichfalls begab sie sich auch jeglichen Einflusses auf die Gestaltung der Dinge in Deutschland. Die kirchenpolitischen Ereignisse des Jahres 1957 sind im Grunde mit den politischen des Jahres 1955 (Eintritt der Bundesrepublik in die NATO) zu vergleichen, und wie die bundesrepublikanische Politik durch den 13. August 1961, für alle sichtbar, in eine Krise geriet, so die der Evangelischen Kirche bereits kurz vorher, im Zusammenhang mit der Absage an den zweiten Leipziger Kirchentag (ein Gesichtspunkt übrigens, den Müller-Gangloff in seinem Buch mit Recht hervorhebt, wenn auch in einem falschen Kontext).

Wenn man also die aufgeworfene Frage, ob die Kirche geschwiegen habe, beantworten will, dann wird man nicht nach dem Band von Heidtmann greifen dürfen, sondern muß die Dokumentation, die Günther Heipp 1965 bei Herbert Reich unter dem Barthschen Titel „Es geht ums Leben“ herausgebracht hat, zu Rate ziehen. In ihr sind „Stimmen des Gewissens“ gerade auch deutscher Protestanten seit 1954 zusammengefaßt, und es ergibt sich, daß die 1957 unterbrochene „offizielle“ Linie hier ihre sozusagen inoffizielle Fortsetzung gefunden hat, nämlich in der Haltung und im Einsatz all jener protestantischen Persönlichkeiten, die außerhalb der Evangelischen Kirche, zum Teil sogar gegen sie, Position für den Kampf um den Frieden und die friedliche Lösung der deutschen Frage bezogen haben.

Es wäre aber falsch und würde unserer Verantwortung in der Deutschen Demokratischen Republik nicht entsprechen, wenn wir uns mit einem Hinweis auf diesen Tatbestand begnügten. Eine exakte Analyse wird vielmehr zu dem Ergebnis führen, daß der Weg von Stuttgart 1945 bis Berlin–Spandau 1956 eine viel konsequentere und logischere Weiterführung in der Deutschen Demokratischen Republik gefunden hat. Es ist nämlich meines Erachtens kein Zufall, daß unmittelbar nach der Militärseelsorge-Synode 1957 im Juni eben dieses Jahres auf der Wartburg ein Treffen stattfand, in dem es um die Gewinnung einer Formel für die staatsbürgerliche Verantwortung der Christen in der DDR für die Sache des Friedens und unserer Nation ging. Der auf der Wartburg begonnene Weg wurde 1958 in Wittenberg und in Magdeburg, 1959 in Weimar, 1960 in Dresden, 1961 in Görlitz und 1965 wiederum in Weimar

fortgesetzt, und man geht wohl nicht fehl, wenn man die schon in anderem Zusammenhang genannten Ereignisse des Kom-muniqués vom Juli 1958, des 9. Februar 1961 und des 18. August 1964 in diese Linie einordnet, und zwar als Höhepunkte, als Gipfelpunkte der Orientierung.

Ja, man kann in der Analyse noch einen Schritt weiter-gehen: Die Verfolgung der klaren Linie von der Wartburg 1957 bis Weimar 1965 hat, summarisch betrachtet, das Ergeb-nis erbracht, daß in den offiziellen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik neue Gesichtspunkte zur Geltung gekommen sind, die bei allem noch vorhandenen kirchenpoli-tischen „Geplänkel“ doch ausgewiesen haben: die Linie Stutt-gart bis Berlin-Spandau ist wieder aufgegriffen worden, und sie äußert sich in einer wachsenden Wahrnehmung gesell-schaftlicher Verantwortung, für die nicht nur das Auftreten von Landesbischof D. Dr. M i t z e n h e i m zeugt, sondern auch das anderer Kirchenführer wie Bischofsverwalter D. J a c o b, Bischof D. J ä n i c k e, Kirchenpräsident Dr. M ü l l e r und Generalsuperintendent D. S c h ö n h e r r. Die Tatsache, daß – mit Ausnahme der Bischöfe N o t h und F r ä n k e l – alle kirchenleitenden Persönlichkeiten in der DDR am 10. Oktober ihr Wahlrecht wahrgenommen haben, dürfte als ein wichtiger Beweis hierfür angeführt werden können.

Was die Situation in Westdeutschland angeht, so hat zwar die Tagung der Rumpfsynode über Militärseelsorge in Frank-furt am Main keine neuen Gesichtspunkte erbracht. Immer-hin ist aber auch im offiziellen westdeutschen Protestantismus, nicht zuletzt unter dem Einfluß der von Heipp registrier-ten Aktivität der evangelischen Friedenskräfte, die Realität in Erscheinung getreten, und zwar in dem im ganzen zwar wider-sprüchlichen Dokument der „EKD“-Denkschrift zur Frage der deutschen Ostgrenzen. Wenn Prof. R a i s e r mit dem Mord gedroht wird, wenn Präses D. W i l m Schmäbbriefe erhält, wenn dem früheren Chefredakteur des Westberliner „Tages-spiegel“, Dr. S i l e x, das Haus angezündet wird, weil er sich in einem Leitartikel des genannten Blattes für die Denkschrift ausgesprochen hat, wenn alle Revanchisten extra muros et intra gegen die Evangelische Kirche wettern, wenn ein Reak-tionär wie der sogenannte „Vertriebenen-Bischof“ D. Wester von dieser seiner Funktion zurücktritt, dann muß ja an dieser Denkschrift etwas dran sein – oder besser formuliert: dann wird die Finsternis in der Atmosphäre der westdeutschen Notstandsdictatur so klar charakterisiert, daß auch die schärf-ste Formulierung über die gesellschaftliche Situation in West-deutschland geradezu harmlos wird.

In dieser Situation, die hier natürlich nur in knappen Stri-chen nachgezeichnet werden konnte, ist die Erwartung aller friedliebenden Kräfte an uns natürlich davon bestimmt, ob wir in nüchterner und radikaler Analyse unseren Platz im Koordinatensystem der politischen und geistigen Ausein-der-setzungen erkennen und mit Konsequenz wahrnehmen. Das bedeutet: Wir haben alles nur Mögliche zu tun, was der in-neren Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik als Hort des Friedens und des Fortschritts in Deutsch-land dient, wir haben diesen Gesichtspunkt in den politischen und geistigen Auseinandersetzungen innerhalb des kirchlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik zur Gel-tung zu bringen und auf den uns gangbaren Wegen in die christlichen Kreise der Bundesrepublik hineinzutragen.

Speziell für uns wird es darauf ankommen, die Anhänger der unterschiedlichen theologischen Strömungen in der DDR, die auf irgendeine Weise den Zugang zum Engagement für die Sache unserer Republik gefunden haben, im theologischen Gespräch und vor allem in der gemeinsamen politischen Aktion zusammenführen, um auf diese Weise sowohl die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu fördern als auch unser Potential in den theologischen und kirchen-politischen Auseinandersetzungen in der DDR und in der Bundesrepublik zur Geltung zu bringen.

Ob wir uns hierbei auf Emil F u c h s berufen oder auf Karl B a r t h, von den Intentionen D. Mitzenheims oder D. Jacobs ausgehen, ob wir, als einzelne, unseren Auftrag in erster Linie im politischen Bereich oder unmittelbar in der Gemeinde zu realisieren suchen, ob wir unsere theologische Richtung oder „Gruppierung“ zuvörderst in der kirchenpolitischen Ausein-ander-setzung, im politischen Streitgespräch, in der theologi-schen Analyse oder im politischen Kampf zu Geltung zu brin-gen suchen, ist relativ unwichtig.

Wichtig ist nur, daß wir versuchen, zum Konsensus unter uns und mit allen anderen christlichen und nichtchristlichen Friedenskräften zu gelangen, um die 1945 formulierten oder erfüllten Erwartungen der Deutschen nach einem Deutschland des Friedens verwirklichen zu helfen und unserer konkreten christlichen Verantwortung für die Sache des Friedens und unserer Nation gerecht zu werden.

- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jansen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung vom 28. Juni bis zum 3. Juli 1964 in Prag)
- 122 Dr. Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede

- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 141 Erwin Krubke / Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“ – „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in Westdeutschland
- 142 Walter Bredendieck: Reflektierte Geschichte – Die Entwicklung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinnerungen deutscher Theologen
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Męclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten

Verkaufspreis 0,50 MDN — Doppelheft 1 MDN